

# Wahlprüfsteine der Bundesarbeitsgemeinschaft Cannabis Anbauvereinigungen (BCAv) zu den Bürgerchaftswahlen in Hamburg 2025

## 1. Tabellarische Übersicht

Wahlprüfsteine der Bundesarbeitsgemeinschaft Cannabis-Anbauvereinigungen (BCAv) zu den Bürgerchaftswahlen in Hamburg 2025



1. Bündelung von Anbauvereinigungen					
2. Anzahl der Anbauvereinigungen					
3. Sichere Konsumorte					
4. Abgabestellen für Anbauvereinigungen					
5. Räumliche Trennung von Anbau und Abgabe					
6. Abstandsmessungen					
7. Initiativen			-	-	
8. Genehmigungsprozess					

- Entspricht weitgehend oder voll den Forderungen des BCAv
- Entspricht überwiegend den Forderungen des BCAv
- Entspricht zum Teil den Forderungen des BCAv
- Entspricht überwiegend nicht den Forderungen des BCAv
- Entspricht nicht den Forderungen des BCAv

Link zu den vollständigen Antworten der Parteien und Auszügen aus deren Wahlprogrammen



## **2. Übersicht der gestellten Fragen:**

### **1. Bündelung von Anbauvereinigungen**

Die Bündelung von mehreren Anbauvereinigungen an einem Standort ("Growhubs") erleichtert Kontrollen sowie die aufgrund der Auflagen teils schwierige Standortfindung. Länder könnten dies einschränken. Beabsichtigen Sie hierzu Einschränkungen in Ihrem Bundesland und wenn ja, nach welchen Kriterien?

### **2. Anzahl der Anbauvereinigungen**

Beabsichtigen Sie die Anzahl der Anbauvereinigungen je Kommune und Standort zu begrenzen und wenn ja, inwieweit?

### **3. Sichere Konsumorte**

Sichere Orte zum Cannabiskonsum sind im öffentlichen Interesse und dienen u.a. der Suchtprävention und dem Jugendschutz. Würden Sie die Ansiedlung und Etablierung solcher Orte, insbesondere in Vereinen wie Cannabis Social Clubs (nicht Anbauvereinigungen) oder der Gastronomie im urbanen Raum, unterstützen?

### **4. Abgabestellen für Anbauvereinigungen**

Anbau und Abgabe des Cannabis dürfen durch Anbauvereinigungen an unterschiedlichen Orten erfolgen. Abgabestellen in wohnsitznahe verstärken die Zurückdrängung des Schwarzmarkts. Inwieweit würden Sie die Ansiedlung und Etablierung von Abgabestellen im urbanen Raum unterstützen?

### **5. Räumliche Trennung von Anbau und Abgabe**

Sind Sie dafür, dass die Anbau- und die Abgabestelle in unterschiedlichen Bundesländern liegen dürfen?

### **6. Abstandsmessungen**

Befürworten Sie, dass die Abstandsmessung sich - anstatt der Verwendung der Luftlinie - ausdrücklich auf den öffentlich zugänglichen Fußweg bezieht? Z. B. durch Bebauung (geschlossene Straßenzüge, Bahnstrecken, Autobahnen etc.) oder Gewässer können die Fußwege um ein vielfaches länger sein.

### **7. Initiativen**

Welche Initiativen gab es von Ihrer Fraktion in der aktuellen Legislaturperiode zum Thema Cannabis Anbauvereinigungen? Bitte listen Sie Anträge, Anfragen etc. konkret und mit Link auf, damit wir Ihre (parlamentarische) Arbeit besser einschätzen können.

### **8. Genehmigungsprozess**

Sind Sie dafür, den Genehmigungsprozess entsprechend Ihrer Aufgabe gemäß den Zielen des Cannabisgesetzes (CanG) so zu gestalten, dass möglichst viele Vereine gegründet werden können?

### **3. Antworten der Parteien aus Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2025**

#### **1. Bündelung von Anbauvereinigungen**

**Die Bündelung von mehreren Anbauvereinigungen an einem Standort ("Growhubs") erleichtert Kontrollen sowie die aufgrund der Auflagen teils schwierige Standortfindung. Länder könnten dies einschränken. Beabsichtigen Sie hierzu Einschränkungen in Ihrem Bundesland und wenn ja, nach welchen Kriterien?**

#### **SPD**

"Wir stehen für eine restriktive Handhabung des Cannabisgesetzes und guten Kinder- und Jugendschutz. Bisher wurde demnach erst eine Erlaubnis für den gemeinschaftlichen Eigenanbau und die Weitergabe von Cannabis in einer Anbauvereinigung nach § 11 KCanG - im Bezirk Wandsbek - erteilt."

#### **B90/Die Grünen**

"Wir stehen Growhubs grundsätzlich positiv gegenüber, da sie die behördliche Kontrolle erleichtern, eine nachhaltige Produktion fördern und kleineren Anbauvereinigungen den Zugang zu geeigneten Standorten ermöglichen. Uns ist wichtig, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass soziale, ökologische und gesundheitliche Aspekte berücksichtigt werden. Einschränkungen auf Landesebene sollten daher nur erfolgen, wenn sie dem Gesundheits- und Jugendschutz dienen oder negative Auswirkungen auf das lokale Umfeld haben. Unser Ziel ist eine pragmatische Umsetzung, die sowohl die Sicherheit als auch die Akzeptanz vor Ort gewährleistet."

#### **Die Linke**

"Nein, wir beabsichtigen keine solchen Einschränkungen bzgl. mehrerer Anbauvereinigungen an einem Standort, wir sehen hier tatsächlich Vorteile bei der Professionalität im Anbau und der Kontrolle."

#### **Volt**

"Nein, wir sind nicht für die Einschränkungen von Growhubs oder Anbauvereinigungen im Allgemeinen."

#### **FDP**

"Nein, beabsichtigen wir nicht."

## **2. Anzahl der Anbauvereinigungen**

**Beabsichtigen Sie die Anzahl der Anbauvereinigungen je Kommune und Standort zu begrenzen und wenn ja, inwieweit?**

### **SPD**

“Die SPD Hamburg hat sich bisher nicht für eine Begrenzung der Anzahl von Anbauvereinigungen für Cannabis ausgesprochen. Überdies unterliegen diese Vereine strengen gesetzlichen Auflagen, die ihre Anzahl und Verteilung beeinflussen können. Bisher wurde in Hamburg eine Genehmigung erteilt und keine versagt.”

### **B90/Die Grünen**

“Nein, eine pauschale Begrenzung der Anzahl der Anbauvereinigungen je Kommune oder Standort sehen wir kritisch, da dies den Zugang zu legalem und kontrolliertem Cannabis unnötig erschweren könnte. Falls erforderlich, sollten Einschränkungen auf Basis sachlicher Kriterien erfolgen, etwa unter Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten, infrastruktureller Anforderungen oder zum Schutz von sensiblen Bereichen wie Schulen und Jugendeinrichtungen. Unser Ziel ist eine praktikable Lösung, die Rechtssicherheit für Anbauvereinigungen schafft und gleichzeitig soziale sowie ökologische Aspekte berücksichtigt.”

### **Die Linke**

“Nein, solche Beschränkungen zur Anzahl von Anbauvereinigungen sind derzeit nicht vorgesehen.”

### **Volt**

“Nein, wir beabsichtigen auch hier keine Begrenzungen.”

### **FDP**

“Nein, beabsichtigen wir nicht.”

## **3. Sichere Konsumorte**

**Sichere Orte zum Cannabiskonsum sind im öffentlichen Interesse und dienen u.a. der Suchtprävention und dem Jugendschutz. Würden Sie die Ansiedlung und Etablierung solcher Orte, insbesondere in Vereinen wie Cannabis Social Clubs (nicht Anbauvereinigungen) oder der Gastronomie im urbanen Raum, unterstützen?**

### **SPD**

“Die SPD Hamburg setzt sich für eine verantwortungsvolle und präventive Drogenpolitik ein, die den Schutz der Gesundheit und die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund stellt. Trotz der insgesamt restriktiven Anwendung der gesetzlichen Regelungen beim Cannabis halten wir die Einrichtung sicherer Konsumräume für Cannabis, etwa in Form von Cannabis Social Clubs oder gastronomischen Einrichtungen für einen potenzieller

Beitrag zur Suchtprävention und zum Jugendschutz. Solche Orte könnten den Konsum in kontrollierten und sicheren Umgebungen ermöglichen und somit Risiken minimieren. Gleichzeitig müssen jedoch strenge Auflagen und Regularien eingehalten werden, um den Schutz von Jugendlichen und Nichtkonsumenten zu gewährleisten.“

#### **B90/Die Grünen**

“Wir stehen der Einrichtung sicherer Konsumorte grundsätzlich positiv gegenüber. Diese können einen wichtigen Beitrag zum Jugendschutz, zur Suchtprävention und zur Entkriminalisierung leisten. Gerade im urbanen Raum kann eine kontrollierte Abgabe in verantwortungsbewussten Strukturen helfen, Konsum in unsicheren Umfeldern zu reduzieren. Entscheidend ist, dass solche Orte klare gesundheitliche, soziale und präventive Standards erfüllen und in ein umfassendes Konzept zur Schadensminimierung eingebettet sind. Eine regulierte Umsetzung unter Einbindung von Kommunen, Fachstellen und Suchthilfeeinrichtungen wäre daher wünschenswert.“

#### **Die Linke**

“Ja, wir befürworten sichere Konsumorte, wenn diese in den Räumlichkeiten von Cannabis Social Clubs oder in nur für erwachsene Menschen zugänglichen Bereichen der Gastronomie liegen, in denen der Jugendschutz auch kontrolliert wird.“

#### **Volt**

“Wir befürworten die Erlaubnis des Cannabisgebrauchs in Anbauvereinigungen, solange der Nichtraucher\*innenschutz geachtet wird. Prinzipiell gilt für uns, dass sich der inhalative Gebrauch nach den bestehenden Nichtraucher\*innenschutzgesetzen richten muss. Das gilt auch für die Gastronomie. Die orale Einnahme sollte lediglich in Kinder- und Jugendeinrichtungen untersagt sein, und wir halten sie in Gastronomie und CSCs für unproblematisch.“

#### **FDP**

“Das müssen die jeweiligen Clubs, Restaurants, Cafés selber entscheiden. Hier sollte es keine politischen Vorgaben geben.“

#### **4. Abgabestellen für Anbauvereinigungen**

**Anbau und Abgabe des Cannabis dürfen durch Anbauvereinigungen an unterschiedlichen Orten erfolgen. Abgabestellen in wohnsitznahe verstärken die Zurückdrängung des Schwarzmarkts. Inwieweit würden Sie die Ansiedlung und Etablierung von Abgabestellen im urbanen Raum unterstützen?**

#### **SPD**

“Die SPD Hamburg befürwortet die Ansiedlung und Etablierung von Cannabis- Abgabestellen im urbanen Raum, um den Schwarzmarkt effektiv zurückzudrängen und den Konsum

sicherer zu gestalten. Zudem können durch die Nähe der Abgabestellen präventive Maßnahmen und Aufklärungskampagnen besser umgesetzt werden.“

### **B90/Die Grünen**

“Wir befürworten die Ansiedlung staatlich kontrollierter Abgabestellen im urbanen Raum im Rahmen von Modellprojekten, um eine wissenschaftlich fundierte Regulierung zu erproben und den Schwarzmarkt wirksam zurückzudrängen. Dabei ist uns wichtig, dass diese Abgabestellen unter klaren gesundheitlichen und präventiven Rahmenbedingungen betrieben werden und bei Bedarf eng mit Sucht- und Präventionseinrichtungen zusammenarbeiten. Die Kommunen sollten die Möglichkeit haben, solche Modellprojekte aktiv mitzugestalten, um eine bedarfsgerechte, sozialverträgliche und sichere Umsetzung zu gewährleisten.“

### **Die Linke**

“Die Linke befürwortet die Schaffung legaler Abgabe/Verkaufsstellen. Diese könnten bspw. in Apotheken oder extra lizenzierten Läden geschaffen werden. Besonders die Vermarktung als Abfüllung könnte auch ohne nochmalige Prüfung in der Apotheke qualitätsgesichert erfolgen.“

### **Volt**

“Wir halten an der Teillegalisierung von Cannabis fest und sprechen uns für einen Ausbau von Verkauf und Beratung in Fachgeschäften aus. Insofern würden wir eine Ansiedlung der Abgabestellen von Anbauvereinigungen im urbanen Raum grundsätzlich begrüßen.“

### **FDP**

“S.o., keine politischen Vorgaben.“

## **5. Räumliche Trennung von Anbau und Abgabe**

**Sind Sie dafür, dass die Anbau- und die Abgabestelle in unterschiedlichen Bundesländern liegen dürfen?**

### **SPD**

“Nein. Wir befürworten eine lokale Kontrolle und Umsetzung von Cannabis-Anbau und -Abgabe.“

### **B90/Die Grünen**

“Ja, insbesondere für Stadtstaaten wie Hamburg ist es wichtig, dass Anbau- und Abgabestellen auch in unterschiedlichen Bundesländern liegen dürfen, da die begrenzte Fläche den großflächigen Anbau erschwert. Eine bundesländerübergreifende Lösung ermöglicht es, den Anbau in geeigneten Regionen zu ermöglichen und gleichzeitig eine wohnortnahe, legale Abgabe sicherzustellen.“

### **Die Linke**

“Ja, gerade bei den engen räumlichen Verknüpfungen zwischen unterschiedlichen Bundesländern bspw. Hamburg und Schleswig-Holstein oder Niedersachsen erscheint eine solche Regelung sinnvoll und auch möglich.”

### **Volt**

“Ja, das Ziel von Volt ist es, Grenzen abzubauen. Dies gilt auch für die Grenzen der Bundesländer.“

### **FDP**

“Ja, wir sind dafür.”

## **6. Abstandsmessungen**

**Befürworten Sie, dass die Abstandsmessung sich - anstatt der Verwendung der Luftlinie - ausdrücklich auf den öffentlich zugänglichen Fußweg bezieht? Z. B. durch Bebauung (geschlossene Straßenzüge, Bahnstrecken, Autobahnen etc.) oder Gewässer können die Fußwege um ein vielfaches länger sein.**

### **SPD**

“Die genaue Methode zur Abstandsmessung wurde bisher nicht explizit thematisiert. Allerdings ist es der SPD Hamburg ein Anliegen, klare und praktikable Regelungen zu schaffen, die sowohl den Schutz der Jugend gewährleisten als auch für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sind. Die Berücksichtigung des tatsächlichen Fußwegs könnte dabei eine präzisere und gerechtere Handhabung ermöglichen, insbesondere in urbanen Gebieten mit komplexer Infrastruktur.”

### **B90/Die Grünen**

“Wir befürworten eine realistische und angemessene Abstandsmessung. Gerade in urbanen Räumen mit dichter Bebauung oder durch natürliche Barrieren wie Gewässer, Bahntrassen oder Autobahnen können Fußwege deutlich länger sein als die direkte Entfernung in der Luftlinie. Eine praxisnahe Regelung sorgt für Planungssicherheit, faire Rahmenbedingungen und eine rechtssichere Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben.”

### **Die Linke**

“Die Linke stellt das Abstandsgebot grundsätzlich infrage, da es in seiner jetzigen Form zentrale Ziele der Legalisierung konterkariert. Das starre Abstandsgebot führt de facto dazu, dass weite Teile des Stadtgebietes – wie in Hamburg – zu konsumfreien Zonen erklärt werden. Eine Bemessung anhand der tatsächlich zugänglichen Wege anstelle starrer Luftlinien- Mindestabstände wäre daher ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. So kann sichergestellt werden, dass Kinder und Jugendliche weiterhin geschützt werden, ohne dass Erwachsene durch unnötige Restriktionen vom legalen Markt ausgeschlossen werden.”

## **Volt**

“Anbauvereinigungen sind ein wichtiger Baustein in der von uns angestrebten Drogenpolitik, die die Grund- und Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt. Deswegen lehnen wir Regelungen ab, die die Gründung und den Betrieb von Anbauvereinigungen unverhältnismäßig erschweren. Dazu gehört auch die Abstandsregelung in ihrer aktuellen Form.”

## **FDP**

“Ja, das ist die sinnvollere Lösung.”

## **7. Initiativen**

**Welche Initiativen gab es von Ihrer Fraktion in der aktuellen Legislaturperiode zum Thema Cannabis Anbauvereinigungen? Bitte listen Sie Anträge, Anfragen etc. konkret und mit Link auf, damit wir Ihre (parlamentarische) Arbeit besser einschätzen können.**

## **SPD**

“In Hamburg wurden im Zuge der Umsetzung des Konsumcannabisgesetzes zusätzliche Stellen geschaffen, um die Anbauvereinigungen zu betreuen und die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu überwachen. So sind beispielsweise im Bezirksamt Altona 10,5 neue Stellen für die Betreuung der Anbauvereinigungen vorgesehen.”

## **B90/Die Grünen**

“In der aktuellen Legislaturperiode haben wir uns intensiv für eine progressive und gesundheitsorientierte Drogen- und Suchtpolitik eingesetzt. Um einen konstruktiven Dialog zu fördern und sicherzustellen, dass die Interessen der verschiedenen Akteur\*innen angemessen berücksichtigt werden, haben wir regelmäßige, länderübergreifende Treffen organisiert, bei denen wir den Austausch mit politischen Akteur\*innen und den Vertretungen von potenziellen Anbauvereinigungen ermöglicht haben. Diese Treffen dienen dem direkten Kontakt zwischen den Anbauvereinigungen und der Politik, sodass diese ihre Anliegen direkt an die Entscheidungsträger\*innen adressieren und von Erfahrungen aus erster Hand profitieren konnten. Unsere Initiativen beinhalten unter anderem die Forderung nach einem landesweiten Modellprojekt zur Cannabisabgabe in kontrollierten Rahmenbedingungen. Weitere konkrete Initiativen unserer Fraktion im Bereich Cannabis und Drogenpolitik beinhalten Anträge zu Drug-Checking, Präventionsmaßnahmen im Substanzkonsum und der Substitutionsambulanz. Eine vollständige und transparente Übersicht zu allen drogenpolitischen Initiativen der Grünen Fraktion finden Sie auf dem Profil von Peter Zamory aus der Grünen Fraktion und in der Hamburger Parlamentsdatenbank.”

## **Die Linke**

“Anfrage „Cannabisgesetz in der Praxis“:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/143/2014335.pdf>



Gesetzesentwurf zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes – Entkriminalisierung von Cannabis: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/025/2002579.pdf>

Anfrage: Anbau und Import von medizinischem Cannabis:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/044/2004460.pdf>

Antrag: Differenzierter Umgang von Cannabis-Konsument\*innen im Straßenverkehr

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/025/2002578.pdf>

Mündliche Anfrage im Bundestag zur Umsetzung der zweiten Säule

<https://dserver.bundestag.de/btp/20/20177.pdf#P.22908>

Anfrage (22/14183): Teillegalisierung von Cannabis

Anfrage (22/12843): Was bedeutet die Kriminalisierung von Cannabis für Polizei und Justiz?"

### **Volt**

“Wir waren bisher nicht in der Bürgerschaft bzw. im Bundestag vertreten. Insofern konnten wir auch keine Anträge oder Anfragen stellen.”

### **FDP**

“Die FDP hatte keine eigene Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft.”

## **8. Genehmigungsprozess**

**Sind Sie dafür, den Genehmigungsprozess entsprechend Ihrer Aufgabe gemäß den Zielen des Cannabisgesetzes (CanG) so zu gestalten, dass möglichst viele Vereine gegründet werden können?**

### **SPD**

“Wir stehen für eine restriktive Anwendung der neuen gesetzlichen Regelungen. Dem Kinder- und Jugendschutz im Bereich des Cannabis-Konsums gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir sind bestrebt, die notwendigen personellen und sachlichen Ressourcen bereitzustellen, um eine zügige Bearbeitung der Anträge zu gewährleisten.”

### **B90/Die Grünen**

“Ja, wir sind dafür, den Genehmigungsprozess so zu gestalten, dass so viele Anbauvereinigungen gegründet werden können, wie es Bedarf gibt. Ziel des Cannabisgesetzes ist es, einen kontrollierten Markt zu schaffen und den Schwarzmarkt zurückzudrängen. Daher unterstützen wir einen transparenten, flexiblen Genehmigungsprozess, der es Interessierten erleichtert, Anbauvereinigungen zu gründen. Dabei legen wir besonderen Wert auf Verbraucherschutz, Suchtprävention und Jugendschutz. Der Genehmigungsprozess sollte so gestaltet werden, dass er keine unnötigen Hürden aufbaut, aber gleichzeitig sicherstellt, dass die Anbau- und Abgabeprozesse sicher, transparent und den rechtlichen Anforderungen entsprechend durchgeführt werden. Es ist uns wichtig, dass die Anzahl der Anbauvereinigungen durch den Bedarf bestimmt wird, damit der kontrollierte Cannabismarkt optimal funktioniert und gleichzeitig lokale Initiativen gestärkt werden.”

### **Die Linke**

“Die Linke setzt sich dafür ein, den Genehmigungsprozess für Cannabisvereine so unbürokratisch wie möglich zu gestalten, um die Ziele des Cannabisgesetzes (CanG) effektiv zu erreichen. Das Genehmigungsverfahren für die Gründung von Vereinen muss transparent, eindeutig geregelt und frei von überflüssigen bürokratischen Hürden gestaltet sein. Wir fordern, dass Behörden die Vereine aktiv unterstützen, anstatt sie durch übermäßige Anforderungen oder Verzögerungen zu blockieren.”

### **Volt**

“Das Cannabisgesetz belastet die Anbauvereinigungen bereits durch eine Überregulierung. Diese und weitere Erschwernisse durch eine ineffiziente Verwaltung möchten wir abbauen. Wir möchten, dass die Behörden schnell und unvoreingenommen über die Anträge entscheiden, wie es in Niedersachsen (Best-Practice!) bereits praktiziert wird.”

### **FDP**

“Es ist nicht Aufgabe der Politik, unbedingt ein Maximum zu erreichen. Es sollte so viele Vereine geben, wie es der Nachfrage entspricht.”

#### **4. Auszüge aus den Programmen zur Bürgerschaftswahlen in Hamburg 2025**

Wir haben die Wahlprogramm nach folgenden Schlagworten durchsucht: “Hanf”, “Cannabi” (um sowohl Cannabis als auch Cannabinoide zu erfassen), “Drogen” & “nachwachsende” (Rohstoffe).

##### **SPD**

Die Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität ist für Hamburg von elementarer Wichtigkeit. Wie alle großen Nordseehäfen wird auch Hamburg von internationalen Netzwerken für illegale Drogeneinfuhren genutzt. Dem stellen wir uns mit aller Kraft entgegen, denn diese Aktivitäten stellen auch eine Gefahr für unseren sozialen Zusammenhalt und die Sicherheit in unserer Stadt dar. In der „Allianz sicherer Hafen Hamburg“ haben wir die Kräfte von Polizei, Zoll, Bundesund Landesbehörden und Hafengewirtschaft gebündelt und die Sicherheitsstandards im Hafen erhöht. Mit dem Hafensicherheitszentrum haben wir eine schlagkräftige gemeinsame Organisation von LKA, Wasserschutzpolizei, Zoll und Hamburg Port Authority (HPA) geschaffen, mit der wir gefährliche Strukturen der Drogenkriminalität zerschlagen. Wir werden nicht nachlassen und den Ermittlungsdruck weiter erhöhen, in Sicherheitstechnik investieren und gemeinsam mit unseren Partnern in Rotterdam und Antwerpen die Entwicklung europaweiter Standards in der Hafensicherheit vorantreiben. Mit dem Zoll arbeiten wir daran, dass mehr Sicherheitstechnik in Hamburg eingesetzt wird, um illegale Einfuhren zu erkennen und sicherstellen zu können.

**DROGEN UND SUCHT** Unsere Leitlinie ist: Wir reduzieren den Konsum legaler wie illegaler Drogen (Prävention und Repression). Den Handel mit illegalen Drogen bekämpfen wir konsequent. In einer Großstadt wie Hamburg geht es darum, dass Drogenpolitik stadtverträglich ist: Die öffentliche Sicherheit und Ordnung werden gewahrt und gleichzeitig Sozialarbeit als Hilfe für erkrankte Menschen verstärkt. Neben der Wirkung der jeweiligen Substanz können die Begleitbedingungen des illegalen Marktes für Drogen oder bestimmte Konsummuster zusätzliche Risiken bedingen. Wenn es bei einzelnen Menschen nicht gelingt, sie von den Drogen wegzubekommen, dann müssen wir mindestens ihr Überleben sicherstellen bzw. zusätzliche gesundheitliche Schädigungen vermeiden. Für die Zielgruppe suchtkranker Menschen in prekären Lebenslagen hält Hamburg deshalb niedrigschwellige Einrichtungen mit integrierten Drogenkonsumräumen vor, in denen unter hygienischen Bedingungen konsumiert werden kann. Darüber hinaus halten wir ein gut ausgebautes Hilfesystem vor, das bei Ausstieg und Therapie zur Verfügung steht.

Beim Cannabis stehen wir für eine restriktive Anwendung der neuen gesetzlichen Regelungen: Hohe Bußgelder, eine strikte Genehmigungspraxis und die Kontrolle von Anbauvereinigungen. Dem Kinder- und Jugendschutz im Bereich des Cannabis-Konsums gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir stellen in Hamburg eine regional ausgerichtete und niedrigschwellige Suchtberatung sicher und intensivieren die Zusammenarbeit von

Jugendhilfe und Suchtprävention. Kleinräumige Evaluationen sichern ergänzend ab, dass die Stadt es unmittelbar erfährt, wenn junge Menschen durch die Legalisierung von Cannabis eine negative Entwicklung nehmen.“ (S. 75)

Quelle:

[https://www.spd-hamburg.de/fileadmin-hamburg/Dokumente/Programme\\_und\\_Koalitionsvertraege/SPDRegierungsprogramm2025.pdf](https://www.spd-hamburg.de/fileadmin-hamburg/Dokumente/Programme_und_Koalitionsvertraege/SPDRegierungsprogramm2025.pdf)

### **AfD**

“[“Sauberes Stadtgrün”-] Leider entspricht dies nicht mehr überall der Realität, denn viele Parks und Grünanlagen in Hamburg vermüllen immer mehr und werden als „versteckte Plätze“ für Drogenmissbrauch genutzt. Die AfD Hamburg wird sich daher für eine konsequente Beseitigung und Prävention der Vermüllung einsetzen und sich um das Pflanzen weiteren Stadtgrüns kümmern.“

Quelle: <https://afd-hamburg.de/wahlprogramm/>

### **CDU**

“Die wieder zunehmende Verbreitung von Drogen- und Suchtmitteln im Kindes- und Jugendalter ist alarmierend. Wir wollen Schluss machen mit der Verharmlosung des Konsums, auch junge Erwachsene sollen über die Konsequenzen der Nutzung von Substanzen aller Art und Drogenmissbrauch umfassend aufgeklärt werden. Wir wollen die drogenfreie Kindheit und Jugend wieder zum Leitbild der Suchtprävention machen. Durch die Legalisierung von Cannabis haben die Fahrten unter Drogeneinfluss sprunghaft zugenommen – auch deshalb setzen wir uns im Sinne der Verkehrssicherheit dafür ein, die Legalisierung von Cannabis umgehend rückgängig zu machen.“ (S. 27)

“Die Cannabis-Legalisierung der Ampel-Bundesregierung von SPD, Grünen und FDP erfolgte gegen die scharfe Warnung der Fachleute und hat die Grundprinzipien der Drogenprävention, nämlich Verfügbarkeit von Drogen zu reduzieren, ins Gegenteil verkehrt. Wir wollen diesen Irrtum der deutschen Suchtpolitik auf Bundesebene korrigieren. Solange das nicht möglich ist, müssen wir in Hamburg alle Möglichkeiten ausschöpfen und gegen die Verbreitung und Abgabe von Cannabis und anderen Drogen an Minderjährige konsequent vorgehen.“ (S. 63)

Quelle:

<https://cduhamburg.de/wp-content/uploads/2024/12/CDU-Hamburg-Unser-Wahlprogramm-zur-Buergerschaftswahl-2025.pdf>

## **Bündnis 90 / Die Grünen**

Sucht ist kein Randproblem. Daher ist die Versorgung suchtkranker Menschen eine wichtige Aufgabe der Stadt, die vor dem Hintergrund des Bevölkerungswachstums stets überprüft und an die Bedarfe angepasst werden muss. Tarifsteigerungen in den Einrichtungen der Hamburger Drogen- und Suchthilfe sowie der Prävention und Gesundheitsförderung wollen wir refinanzieren, sodass der Personalbestand und der Umfang des Angebots in den Einrichtungen dauerhaft gesichert sind. Wir unterstützen den Paradigmenwechsel in der Drogen- und Suchtpolitik: Statt einer Kriminalisierung von Abhängigen brauchen wir mehr Präventionsarbeit, Selbstbestimmung, Schadensminimierung, Entkriminalisierung sowie passgenaue Beratungs- und Hilfsangebote. Mit der Umsetzung des Cannabisgesetzes konnten wir große Schritte in Richtung einer zeitgemäßen Drogen- und Suchtpolitik gehen. Wir unterstützen nun die Umsetzung des Cannabisgesetzes in Hamburg in einer Balance zwischen individueller Freiheit und öffentlicher Vorsorge. In potenziellen Modellregionen wollen wir unterstützen, dass die Auswirkungen der kommerziellen Lieferketten auf den Gesundheits- und Jugendschutz einschließlich des Schwarzmarktes wissenschaftlich untersucht werden. Drogenabhängige, die ihre Sucht überwinden wollen, brauchen dabei Hilfe. Um dem drohenden Engpass bei der Versorgung mit Substituten entgegenzuwirken, braucht es mehrere Ansätze: Einen Mangel an substituierenden Ärzt\*innen durch Verrentungen wollen wir im Dialog mit der Kassenärztlichen Vereinigung verhindern. Zudem machen wir uns im Bund für eine Reform der Zugangsvoraussetzungen zur Substitution auch mit anderen Substituten als Methadon stark sowie für eine Reform der Vergütung, damit die Tätigkeit für mehr Mediziner\*innen attraktiv erscheint. (S.68)

Quelle:

[https://www.gruene-hamburg.de/wp-content/uploads/2024/11/GRUENE\\_HH\\_Regierungsprogramm2025.pdf](https://www.gruene-hamburg.de/wp-content/uploads/2024/11/GRUENE_HH_Regierungsprogramm2025.pdf)

## **Die Linke**

Forderungen "Psychische Gesundheit und Sucht": [...] "Bedarfsorientierte Finanzierung von Drogenkonsumräumen und Suchtberatungsstellen. " (S. 6)

Forderungen "Justizpolitik": [...] "Vollständige Legalisierung von Cannabis." (S. 24)

Quelle:

<https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/nachrichten/detail/das-wahlprogramm-zum-h-erunterladen/>

## **Freie Wähler**

[Wir fordern:] "Suchtprävention und Hilfsangebote ausbauen: Eine Aufklärung in Schulen und der Erwachsenenbildung sowie entsprechende Hilfsangebote sind erforderlich. Hilfsangebote wie anonyme Drogenanalyse und Ausgabestellen für Schwerstabhängige müssen flächendeckend verfügbar sein." (S.6)

Quelle: <https://fwhamburg.de/programm/>

## **FDP**

### **Drogen- und Suchtpolitik**

Der Drogenkonsum in Hamburg nimmt weiterhin besorgniserregend zu. Besonders die steigende Verbreitung von Crack ist alarmierend, da diese Droge schnell zu einer schweren Abhängigkeit und Verelendung führt. Am Hauptbahnhof und anderen Brennpunkten wird das Ausmaß dieses Problems deutlich sichtbar. Wir Freie Demokraten verfolgen einen klaren Grundsatz: Wir wollen den Abhängigen helfen und gleichzeitig entschlossen gegen den Drogenhandel vorgehen.

### **Prävention und Hilfe**

Ein zentraler Schwerpunkt unserer Drogenpolitik liegt auf der Prävention, insbesondere in Schulen. Junge Menschen müssen frühzeitig über die Gefahren des Drogenkonsums aufgeklärt werden, um gar nicht erst in die Abhängigkeit zu geraten. Wir unterstützen den Betrieb von Konsumräumen wie dem Drob Inn. Diese Einrichtung verhindert eine Verlagerung des Drogenkonsums in die Wohnviertel und bietet eine sichere Umgebung, in der Abhängige zielgerichtet Hilfe erhalten können. Wir sehen die enge Verzahnung von Konsumräumen mit Hilfsangeboten wie der Straßensozialarbeit als unerlässlich an. Durch diese Vernetzung können Abhängige direkt angesprochen und in weiterführende Hilfsmaßnahmen integriert werden. Die Kombination von sofortiger Hilfe vor Ort und langfristigen Unterstützungsangeboten ist der Schlüssel, um Menschen aus der Sucht zu holen und ihnen eine Perspektive zu bieten.

### **Drogenhandel bekämpfen**

Wir Freien Demokraten verfolgen eine ganzheitliche Drogenpolitik, die auf Prävention, Hilfe und konsequentes Vorgehen gegen den Drogenhandel setzt. Wir sind fest entschlossen, den Abhängigen in unserer Stadt zu helfen und die Ursachen des Drogenproblems anzugehen. (S.82)

Quelle: <https://fdphamburg.de/wahlprogramm>

## **BSW**

Wir konnten online kein Wahlprogramm des BSW in Hamburg finden. Entsprechende Nachfragen blieben unbeantwortet.

## **Volt**

### “UMGANG MIT SUCHT UND DROGEN

Die Politik der Prohibition, Kriminalisierung und Repression des Drogenkonsums ist gescheitert. Nur eine Entkriminalisierung in Verbindung mit niederschwelliger Unterstützung und therapeutischen Angeboten für Suchtkranke führt weiter. Zudem gibt es neue Wege der aufsuchenden Sozialarbeit in sozialen Medien wie das „Digital Street Work“, dass Jugendliche und junge Erwachsene bereits im Vorfeld problematischen Drogenkonsums beraten und Hilfestellung bis hin zu Therapieplätzen vermitteln kann (Beispiel Bayern).

Volt Hamburg setzt sich daher ein für

- Drogenkonsumräume in ausreichender Anzahl und Ausstattung mit begleitender psychosozialer Betreuung und Automaten für Drogenkonsumutensilien;
- Drugcheckings (Beispiel Wien, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern), um Inhaltsstoffe und Dosierungen von psychotropen Substanzen testen zu können und auf Basis der Ergebnisse aufzuklären und Risiken zu verringern
- den Aufbau eines „Digital Street Work“ für alle Hamburger Bezirke (Öffentlicher Gesundheitsdienst). “ (S.58f)

“Der Hamburger Hafen soll seine Rolle als führender Standort für nachhaltige Industrien unterstreichen und die Ansiedlung innovativer Produktionsstätten für Materialien auf Basis nachwachsender Rohstoffe fördern. Die Nähe zu bestehenden Logistik-Infrastrukturen und die Expertise der Hafenwirtschaft schaffen dabei ideale Voraussetzungen für einen effizienten und globalen Handel mit Rohstoffen, Zwischen-, und Endprodukten. “ (S. 134)

Quelle:

<https://voltdeutschland.org/storage/assets-hamburg/pdf/wahlprogramme/büwa/mut-fur-hamburg-burgerschaftswahl-2025.pdf>

---

Die **AfD** antwortete auf unsere acht Fragen pauschal wie folgt:

“Die AfD lehnt aus mehreren gut überlegten Gründen die Teillegalisierung von Cannabis ab. Unserer Auffassung nach birgt die Legalisierung von Cannabis erhebliche gesundheitliche und gesellschaftliche Risiken, die keineswegs unterschätzt werden dürfen. Der Konsum von Cannabis kann zur Minderung der Intelligenz und schweren medizinischen gesundheitlichen

und psychischen Schäden führen. Die Freigabe des Cannabiskonsums außerhalb bestimmter medizinischer Indikationen halten wir für einen Fehler, der umgehend korrigiert werden muss. Unterstützend befürworten wir den Ausbau der sucht-psychiatrischen Versorgung um die dauerhafte Abstinenz von Drogenkranken zu erreichen.

**Gesundheitsrisiken:**

Cannabis ist eine psychoaktive Substanz, deren regelmäßiger Konsum insbesondere bei Heranwachsenden zu langfristigen Beeinträchtigungen führen kann. Studien haben gezeigt, dass der Konsum von Cannabis unter anderem die Entstehung von psychischen Erkrankungen fördern kann.

**Gesellschaftliche Auswirkungen:**

Die teilweise Legalisierung könnte falsche Signale senden, die verharmlosend wirken und die gesellschaftliche Akzeptanz von Drogenkonsum erhöhen. Dies birgt die Gefahr, dass weitere psychoaktive Substanzen gesellschaftsfähig werden, was wir entschieden verhindern wollen.

**Sicherheitsbedenken:**

Die Legalisierung kann zu einem verstärkten Gebrauch führen, was wiederum mit einem erhöhten Risiko im Straßenverkehr und bei der Arbeit verbunden ist. Der Schutz der Allgemeinheit und die Sicherheit unserer Bürger haben für die AfD oberste Priorität.

Aus diesen Gründen sprechen wir uns gegen die Teillegalisierung von Cannabis aus und setzen uns dafür ein, dass die aktuellen Gesetze strikt durchgesetzt werden. Ziel muss es sein, unsere Gesellschaft vor den gesundheitlichen und sozialen Risiken des Drogenkonsums zu schützen.“

---

**Redaktionelle Anmerkungen:**

Diese Fragen (sog. "Wahlprüfsteine") wurden im Januar 2025 durch den BCAv an die Parteien gestellt. Von den Parteien CDU, Freie Wähler, BSW und DieWahl-WFG haben wir auch nach einer Erinnerung keine Antwort auf unsere Fragen erhalten. Sollten noch weitere Antworten bei uns eingehen, werden wir dieses Dokument aktualisieren.

Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker aus der Bundespolitik haben teilweise weitergehende Forderungen als ihre Partei erhoben (z.B. auf Nachfrage des BCAv oder in öffentlichen Veranstaltungen). Diese haben wir in unserem Newsletter und teils auch auf unserer Internetseite dokumentiert, aber nicht in die Auswertung der hier vorliegenden Antworten der Parteien eingearbeitet.

Parallel wurden auch Wahlprüfsteine vom Branchenverband Cannabiswirtschaft e. V. (BvCW) erstellt. Wenn Sie sich für Anbauvereinigungen interessieren, empfehlen wir ein Abo des kostenfreien Newsletters: <https://anbauverband.de/#newsletter>

Kostenfreier Newsletter der Cannabiswirtschaft: <https://cannabiswirtschaft.de/#newsletter>